



Dritter Nationaler Aktionsplan 2021–2023

Zwischenbericht der Bundesregierung



Impressum

Zwischenbericht der Bundesregierung zur
Umsetzung des Dritten Nationalen Aktionsplans
2021-2023 im Rahmen der Teilnahme Deutsch-
lands an der Open Government Partnership (OGP)

Herausgeber

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Ansprechpartner

Referat Moderner Staat
(OGP@bk.bund.de)

Stand

Oktober 2022

Lizenz

Creative Commons Namensnennung 4.0
International (CC BY 4.0)
(Bildmaterial Dritter ausgenommen)

Bildnachweis

Seite 5: Bundesregierung

» Wer Wandel voranbringen will, der sollte mit denen zusammenarbeiten, die für Wandel stehen. Oft sind das genau die Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaften. «

Bundeskanzler Olaf Scholz beim Civil 7 (C7)
Summit 2022 am 5. Mai 2022 in Berlin im Rahmen
der deutschen G7-Präsidentschaft

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Der Dritte Nationale Aktionsplan	4
3. Sonstige Entwicklungen rund um Open Government seit Verabschiedung des Dritten Nationalen Aktionsplans	5
4. Die Verpflichtungen	9
5. Meilensteine und Monitoring	13
6. Ausblick	14
7. Abkürzungsverzeichnis	15

1. Einleitung

Die die Bundesregierung tragenden Koalitionsparteien bekennen sich in ihrem Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ vom 24. November 2021 zu offenem Regierungshandeln und zur Teilnahme Deutschlands an der Open Government Partnership (OGP):

- „Wir wollen durch mehr Transparenz unsere Demokratie stärken. Uns leiten die Prinzipien offenen Regierungshandelns – Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit.“
- „Wir wollen die Nationalen Aktionspläne im Rahmen der Open Government Partnership (OGP) Deutschlands umsetzen und weiterentwickeln.“

Die in diesem Bericht dargestellte Umsetzung des Dritten Nationalen Aktionsplans (3. NAP) ist ein Schritt zur Erarbeitung und Weiterentwicklung des Vierten Nationalen Aktionsplans (siehe Ausblick am Ende dieses Berichts).

2. Der Dritte Nationale Aktionsplan

Dieser Zwischenbericht ist Teil des Berichtswesens im Rahmen der Teilnahme an der OGP. Der 3. NAP 2021–2023 wurde am 30. Juni 2021 verabschiedet. Er enthält neun Verpflichtungen des Bundes, zwei unter Beteiligung von Ländern und Bund und drei in alleiniger Zuständigkeit von Ländern.

Der Volltext des 3. NAP, seine Verpflichtungen und die Umsetzungsstände der einzelnen Meilensteine sind unter www.open-government-deutschland.de dargestellt. Das Monitoring erfolgt quartalsweise.

Der Erstellung dieses Berichts gingen eine zweiwöchige öffentliche Kommentierungsphase und auch Fachgespräche zu einzelnen Vorhaben voraus, an denen sich zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligten. Die Bundesregierung begrüßt fachöffentliches Interesse und Anregungen zu den Vorhaben des NAP und bedankt sich für dieses Engagement.

3. Sonstige Entwicklungen rund um Open Government seit Verabschiedung des Dritten Nationalen Aktionsplans

- Das **KanzlerGESPRÄCH** ist eine neue Reihe von Bürgerdialogen vor Ort in allen Bundesländern. 90 Minuten nimmt sich der Bundeskanzler Zeit für die Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Alle Fragen können gestellt werden. Der Bundeskanzler möchte wissen, was die Menschen bewegt und was ihre Anliegen an die Politik sind.



Foto der Bundesregierung, KanzlerGESPRÄCH am 11. Juli 2022 in Lübeck

- Deutschland gibt sich erstmals eine **Nationale Sicherheitsstrategie**. Sie wird nicht hinter verschlossenen Türen erstellt, sondern in einem gemeinsamen und inklusiven Prozess mit der Öffentlichkeit sowie Expertinnen und Experten bereits zu einem frühen Entstehungsstadium auch unter Beteiligung von Bundesministerin Baerbock diskutiert. Dazu hat das Auswärtige Amt einen umfassenden Dialogprozess aufgelegt, der an Orten in ganz Deutschland Bürgerdialog-Veranstaltungen umfasste. Die dabei entwickelten Vorschläge für denkbare Inhalte und Ziele dieser Strategie wurden von den beteiligten Bürgerinnen und Bürgern am 11. August 2022 in einem Szenario-Workshop (sog. Open Situation Room) mit Fachexpertinnen und -experten diskutiert und konkrete Vorschläge erarbeitet.

- **„Demokratie lädt ein“**: Am 20. und 21. August 2022 konnten sich die Bürgerinnen und Bürger aus erster Hand über die Arbeit der Bundesregierung informieren und Orte besichtigen, die sonst nicht öffentlich zugänglich sind. Das Wochenende stand für das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien und das Bundespresseamt ganz im Zeichen des Tages der offenen Tür.

- Der **IdeenLauf** ist die zentrale Mitmachaktion im Wissenschaftsjahr 2022 – Nachgefragt! Von Januar bis April wurden alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufgefordert, ihre Fragen für die Wissenschaft zu stellen – insgesamt reichten sie über 14.000 Fragen ein. Im Anschluss werden diese von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und bearbeitet. So entsteht ein Pool von Ideen – als Anregung und Impuls für Wissenschaft und Politik.

- **Onlinedialog Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK)**: Mit dem ANK sollen Ökosysteme gestärkt und Klimaschutz mit Naturschutz verbunden werden. Eine Vielzahl von Maßnahmen sorgt dafür, dass geschädigte Ökosysteme wieder gesund, widerstandsfähig und vielfältig werden. Mit dem Dialog stellt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) das Aktionsprogramm auf eine breite gesellschaftliche Basis. Dazu wurden auf einer digitalen Auftaktveranstaltung am 5. September 2022 diverse Stakeholder und Verbände über den Start des Beteiligungsprozesses und den politischen Hintergrund informiert. Die Auftaktveranstaltung läutete den Beginn der sechswöchigen Onlinebeteiligung zum ANK bis zum 28. Oktober 2022 ein. Stakeholder und die interessierte Öffentlichkeit konnten das Programm kommentieren und neue Ideen einbringen. (www.bmuv.de/WS6906)

- **Bürgerinnen- und Bürgerratschlag Nachhaltige Ernährung**: Im Mittelpunkt des Dialogprozesses steht die Durchführung einer Bürgerwerkstatt, die vom 13. bis zum 15. Mai 2022 in Kassel stattgefunden hat. Unterstützt von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entwickelten die knapp 60 zufällig ausgewählten Teilnehmenden gemeinsam konkrete Ideen und innovative Lösungsvorschläge für die politische Förderung einer nachhaltigen, pflanzenbasierten Ernährung. In der auf die Bürgerwerkstatt folgenden Erprobungsphase wird ein Teil der Vorschläge auf ihre Alltagstauglichkeit hin geprüft. Einige Personen aus der Bürgerwerkstatt erproben in dieser Phase ihre entwickelten Maßnahmen. (www.bmuv.de/WS6833)

Internationales

- Unter deutscher **G7-Präsidentschaft** fand vom 25. bis 28. Juni 2022 der G7-Gipfel in Elmau statt. Die G7 sendeten mit den diesjährigen Partnerländern Indonesien, Indien, Senegal, Südafrika und Argentinien auch ein gemeinsames Signal für die Stärkung resilienter Demokratien. Im „Resilient Democracies Statement“ bekennen sich die Staats- und Regierungschefs unter anderem dazu, offene und pluralistische zivilgesellschaftliche Räume sowie einen offenen Diskurs zu schützen und zu fördern. Während der deutschen G7-Präsidentschaft führen Bundeskanzler Scholz sowie die Bundesregierung einen umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft. Es finden Treffen mit Repräsentanten der Wissenschaften, der Wirtschaft und Gewerkschaften, von Frauen und Jugendlichen sowie mit Nichtregierungsorganisationen und Thinktanks aus den G7-Staaten statt. Es wurden sieben G7-Engagement-Gruppenprozesse mandatiert: Business7, Civil7, Labour7, Science7, Think7, Women7 und Youth7. Die inhaltliche Ausgestaltung der unabhängigen Dialogprozesse liegt vollständig in den Händen der jeweiligen Gruppen.
- Deutschland hat sich erfolgreich erneut um einen Sitz im **Lenkungsausschuss** der OGP beworben.
- Am 11. und 12. Oktober 2022 lud die Regierung Italiens zum **Europe Regional Meeting** der OGP nach Rom ein. Das Treffen hat sich mit Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit im Kontext europäischer Herausforderungen beschäftigt. Neben einer hochrangigen Eröffnung und Diskussionen zu Demokratie in Europa und zum perspektivischen Wiederaufbau der Ukraine (dessen Engagement im Rahmen der OGP in einem Artikel auf www.opengovpartnership.org beschrieben ist) beschäftigten sich viele Formate und Workshops beispielsweise mit Bürgerbeteiligung, dem Kampf gegen Desinformation, der Transparenz von KI oder der Einbindung von Ländern und Kommunen in nationale Open-Government-Anstrengungen. Wie in der OGP üblich nahmen an der Konferenz Regierungen und Zivilgesellschaft gleichermaßen teil sowie Teilnehmende des OGP Local Program aus ganz Europa.
- Am 13. und 14. Oktober 2022 tagte der **OGP-Lenkungsausschuss** in Rom/Italien, um den Zwischenstand des im Frühjahr angelaufenen Strategieprozesses zu diskutieren. Die OGP möchte sich etwa 10 Jahre nach Gründung für die Zukunft wappnen und nimmt ihre eigenen Spielregeln, die Wirkweise ihrer Mechanismen und den politischen Rückhalt auf die Agenda der zu diskutierenden Themen. Deutschland steht dem ankommenden OGP-Vorsitzenden Estland zur Seite, wenn es um substantielle Reformen geht.

Hamburg und Detmold nehmen am Local Program der OGP teil.

Die OGP bietet seit einigen Jahren die Möglichkeit, direkt und unabhängig von den jeweiligen nationalen Bemühungen an einem Local Program teilzunehmen. Dieses steht weltweit allen Landes- und Kommunalverwaltungen aus OGP-Teilnehmerstaaten offen. Ziel des Programms ist es, Erkenntnisse über Open Government aus der Ebene unterhalb der National- bzw. Bundesebene zu gewinnen und diese stärker in den internationalen Austausch einzubetten.

Beim aktuellen Bewerbungsauftrag der OGP, der Mitte März 2022 endete, bewarben sich mit der Stadt Detmold und der Freien und Hansestadt Hamburg erstmals und sogleich erfolgreich zwei deutsche Teilnehmer.

Detmold beabsichtigt, gemeinsam mit der Stadtgesellschaft einen Nachhaltigkeitsindex auf Nachbarschaftsebene aufzustellen und die Indikatoren und deren Kennzahlen als Open Data zu veröffentlichen. Ende Oktober trugen die Menschen in Detmold deshalb in einer Onlinebeteiligung zusammen, welche Nachhaltigkeitsdaten sie sich über ihre Nachbarschaften wünschen. Auf dieser Grundlage erarbeiten dann am 15. November 2022 Akteure der organisierten Stadtgesellschaft (Steuerungsgruppe) gemeinsam mit der Stadt Detmold den Aktionsplan. In einem partizipativen, iterativen Prozess und mit Unterstützung des Instituts für Designstrategien der Technischen Hochschule Ostwestfalen-Lippe entsteht so bis 2025 ein Nachhaltigkeitsindex auf Nachbarschaftsebene. Unter www.wechange.de/project/ogp-local-detmold/ können Interessierte die Entwicklung des Projektes transparent mitverfolgen.

Hamburg wird durch Stärkung der digitalen Souveränität und eine verbesserte Nutzbarkeit kommunaler Daten den gleichwertigen Zugang zu Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Weitere Informationen zu den beiden Bewerbungen sind bei der Stadt Detmold bzw. der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg zu finden.

4. Die Verpflichtungen

(Nummerierung gemäß dem NAP)

Das hatte sich die Bundesregierung im Dritten Nationalen Aktionsplan vorgenommen

Grundstein für die Verbesserung des Zugangs zu Rechtsinformationen (im 3. NAP Ziffer 6.1)

Das Bundesministerium der Justiz (BMJ) wird ein einheitliches, modernes und nutzerfreundliches Rechtsinformationsportal entwickeln. Das Portal soll der Allgemeinheit künftig ein deutlich erweitertes Angebot an Rechtsinformationen des Bundes kostenlos digital bereitstellen.

Verbessertes Zugang zum Gemeinsamen Ministerialblatt (6.2)

Das Gemeinsame Ministerialblatt (GMBI) ist das amtliche Publikationsorgan der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) herausgegeben. Künftig sollen die Inhalte des GMBI weitgehend gebührenfrei und digital erhältlich sein.

Transparenz über Genehmigungsverfahren bei großen Infrastrukturvorhaben im Verkehrssektor (6.3)

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) wird eine webbasierte, öffentlich zugängliche Informationsplattform einrichten. Dort sollen Informationen über Planungs- und Genehmigungsverfahren großer Infrastrukturvorhaben des Bundes im Verkehrssektor abgerufen werden können.

Bereitstellung des Integritätsberichts der Bundesregierung als Open Data und Erweiterung des Berichtswesens um Aspekte der Internen Revision (6.4)

Das BMI wird künftig einen einheitlichen Bericht zum Integritätsmanagement in der Bundesverwaltung zur Verfügung stellen und die zugrunde gelegte Datenbasis auch als offene Daten publizieren.

Weiterentwicklung der Verwaltungsdaten- Informationsplattform (VIP) (6.5)

Die Verwaltungsdaten-Informationsplattform des Statistischen Bundesamtes (StBA) schafft einen Überblick über unterschiedliche staatliche Register und die Eigenschaften der dort hinterlegten Daten. Das StBA wird ein Konzept erarbeiten, wie dort künftig auch anhand von einheitlichen Kriterien die „Open-Data-Tauglichkeit“ von Verwaltungsdatenbeständen dargestellt werden kann.

Förderung des Wissensaustauschs im Open- Data-Umfeld (6.6)

Das Kompetenzzentrum Open Data (CCOD) im Bundesverwaltungsamt wird ein verstetigtes Veranstaltungsformat aus Konferenzen und Fachforen aufbauen. Damit soll die koordinierte Bereitstellung von offenen Verwaltungsdaten durch einen intensiven Wissensaustausch zwischen Ministerien, aber auch mit der Wissenschaft, Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und den Ländern gestärkt werden.

Partizipative Entwicklung des nächsten Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (6.7)

Für den nächsten Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) werden neue Verpflichtungen erarbeitet. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) beteiligt im Rahmen eines Konsultationsprozesses die breite Öffentlichkeit, um diese Ideen in die Gremien des BNE-Prozesses einfließen zu lassen.

Verstetigung des Spurenstoffdialogs (6.8)

Der Spurenstoffdialog soll im Umweltbundesamt verstetigt werden. Betroffene Stakeholder (beispielsweise Produkthersteller, Landwirtschaft, Umweltverbände, Gewerkschaften, Bundesländer) sollen potenzielle Maßnahmen voranbringen, um den Eintrag von Spurenstoffen in unsere Gewässer zu reduzieren. (Zuständiges Ressort: BMUV)

Nationales Monitoringzentrum zur Biodiversität (6.9)

Beim Bundesamt für Naturschutz wurde das nationale Monitoringzentrum zur Biodiversität eingerichtet. Es soll die Monitoringpraxis und Monitoringforschung zusammenbringen, Daten aus bestehenden Monitoringquellen aufbereiten und der Öffentlichkeit bereitstellen, das Datenmanagement weiterentwickeln sowie Monitoringakteure vernetzen, befähigen und fördern. (Zuständiges Ressort: BMUV)

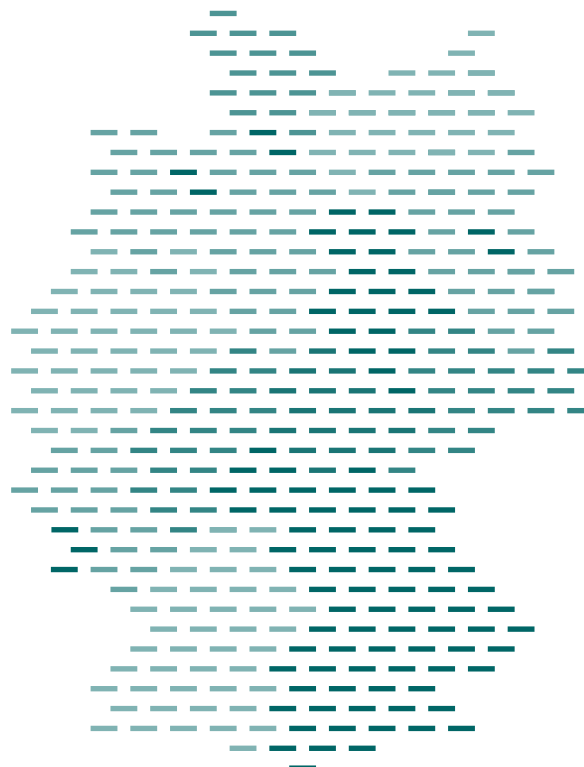
Vorhaben der Bundesregierung, an denen Länder beteiligt sind

Eine Open-Source-Plattform der öffentlichen Verwaltung (im 3. NAP Ziffer 7.1)

Das BMI und die Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen schaffen eine Open-Source-Plattform der öffentlichen Verwaltung, die auch für Akteure außerhalb der Verwaltung geöffnet werden wird. Diese digitale Plattform soll unter anderem ein Verzeichnis (code repository) für Softwarelösungen und deren Quellcode, die strukturierte Ablage von Softwareprojekten sowie deren Verwaltung und gemeinsame Weiterentwicklung ermöglichen.

Standardbasierte Vereinfachung des Unternehmenszugangs zur öffentlichen Beschaffung (7.2)

Das BMI und die Freie Hansestadt Bremen werden einen zentralen nationalen „Datenservice öffentlicher Einkauf“ (bisherige Bezeichnung des geplanten Onlinedienstes: „Bekanntmachungsservice“, kurz: BKMS) für öffentliche Auftragsvergaben einrichten. Dieser neue Datenservice wird insbesondere die Auftrags- und Vergabebekanntmachungen in einem einheitlichen Datenstandard von möglichst allen Bekanntmachungsplattformen entgegennehmen, auf Vollständigkeit und Plausibilität prüfen sowie jederzeit für individualisierbare Recherchen durch Unternehmen oder Bürgerinnen und Bürger bereitstellen, auch als Open Data (OCDS).



Eigene Beiträge der Länder zum Dritten Nationalen Aktionsplan

In den 3. NAP konnten wieder Selbstverpflichtungen von zwei Ländern aufgenommen werden. Sowohl über eine Zulieferung von Verpflichtungen als auch über deren Ausgestaltung haben die Länder selbst entschieden. Die Verpflichtungen sind aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht Gegenstand des Beschlusses der Bundesregierung, dem die sonstigen Kapitel des 3. NAP zugrunde liegen.

Freie und Hansestadt Hamburg (im 3. NAP Ziffer 8.1): Bürgerbeteiligung und Information – Digitalisierung von Verwaltungsleistungen zu Beteiligung und Planwerksbereitstellung im Kontext der räumlichen Planung

Hamburg wird als sog. Referenzimplementierung Softwareprodukte entwickeln, mit denen Beteiligungsverfahren im Bereich der räumlichen Planung und Planfeststellung bestmöglich digital unterstützt und Planwerke bereitgestellt werden können. Die Softwareprodukte sollen nach dem Prinzip „Einer-für-Alle“ anderen interessierten Ländern und Kommunen später zur Nachnutzung zur Verfügung gestellt werden können.

Nordrhein-Westfalen I (8.2): Qualität und Quantität der Daten von Unternehmen der Daseinsvorsorge und von Wahldaten erhöhen

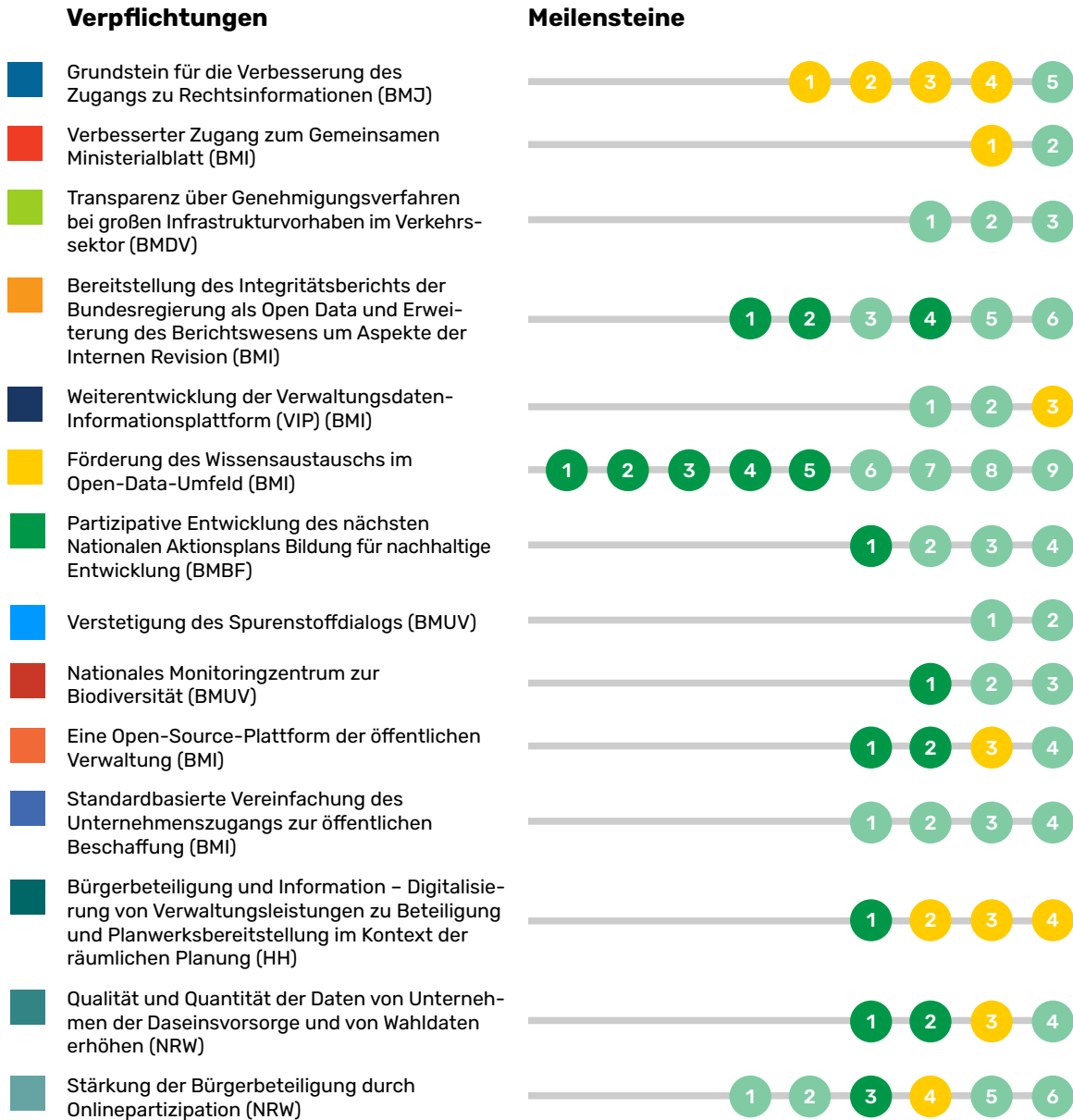
Nordrhein-Westfalen (NRW) wird die technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass auch Daten von Unternehmen der Daseinsvorsorge als Open Data veröffentlicht werden. Darüber hinaus sollen alle Datenbereitsteller des öffentlichen Sektors aus NRW (Unternehmen der Daseinsvorsorge, Kommunen und Behörden des Landes) bei der nutzerfreundlichen Veröffentlichung qualitativ hochwertiger Daten unterstützt werden. Wahldaten sollen standardisiert und Datenbereitsteller für die Qualität ihrer Daten sensibilisiert werden.

Nordrhein-Westfalen II (8.3): Stärkung der Bürgerbeteiligung durch Onlinepartizipation

NRW wird ein landesweites Beteiligungsportal einführen (www.beteiligung.nrw.de), das in enger Kooperation mit nordrhein-westfälischen Kommunen, Landesbehörden und dem Kooperationspartner Freistaat Sachsen bedarfsgerecht weiterentwickelt wird. Außerdem sollen gemeinsame Leitlinien der Öffentlichkeitsbeteiligung für formelle und informelle Verfahren entwickelt werden, um die Qualität von Beteiligungsverfahren zu verbessern.

5. Meilensteine und Monitoring

Das Bundeskanzleramt erfasst bei den für die einzelnen Verpflichtungen zuständigen Ressorts in der Regel quartalsweise den gegenwärtigen Umsetzungsstand.



Legende:

- Meilenstein umgesetzt
- Umsetzung des Meilensteins begonnen oder in Vorbereitung oder teilweise umgesetzt
- Terminverzögerung, aber Umsetzung des Meilensteins innerhalb der Laufzeit des 3. NAP nicht gefährdet
- Termin kann nicht gehalten werden, Umsetzung des Meilensteins in der Laufzeit des 3. NAP fraglich oder nicht möglich.

Die Fortschrittsdarstellungen beziehen sich ausschließlich auf die im NAP hinterlegten Meilensteine. Vereinzelt bilden Verpflichtungen hier lediglich Phasen mehrjähriger Vorhaben ab.

Derzeit gibt es keine Hinweise darauf, dass sich substantielle Verzögerungen bei der Umsetzung des 3. NAP ergäben, die eine zeitgerechte Realisierung der Verpflichtungen in Gänze gefährden würden. 16 von 59 Meilensteinen sind erreicht, 31 befinden sich im Zeitplan oder sind begonnen, nur bei 12 Meilensteinen sind aktuell Verzögerungen vermerkt.

Einzelheiten zu den jeweiligen Meilensteinen sind im vollständigen Umsetzungsmonitoring unter www.open-government-deutschland.de/opengov-de/ogp/aktionsplaene-und-berichte/3-nap nachzulesen.

6. Ausblick

Im Sommer 2023 ist gemäß dem OGP-Zyklus der Vierte Nationale Aktionsplan (4. NAP) 2023–2025 zu verabschieden. Bereits in diesem Herbst wird mit Information und Vernetzung sowie konzeptionellen Vorarbeiten begonnen. Der Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode enthält viele Vorhaben zu den Themen Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit. Der 4. NAP wird diese Aufgaben im Zusammenhang darstellen.



7. Abkürzungsverzeichnis

ANK	Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz
BKMS	Bekanntmachungsservice
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMDV	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
CCOD	Kompetenzzentrum Open Data
GMBI	Gemeinsames Ministerialblatt
HH	Freie und Hansestadt Hamburg
NAP	Nationaler Aktionsplan
NRW	Nordrhein-Westfalen
OCDS	Open Contracting Data Standard
OGP	Open Government Partnership
StBA	Statistisches Bundesamt
VIP	Verwaltungsdaten-Informationsplattform

